



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

breite, mühelose, aber wenig ehrenvolle ist. Daß die moderne Kunsterziehung eher dazu angethan ist, die Kunstentfaltung zu hemmen als sie zu fördern ist leider allzuwahr. Solche Schranken aber sind zu durchbrechen. Glauben wir nur an uns und unser Priesterthum.

### Von der preußischen Grenze.

Die Debatte des Herrenhauses vom 12. März über den Antrag des Grafen Arnim-Boitzenburg, die Ersparnisse wiederum dem Staatsschatz zuzuweisen, verdient in mehrfacher Beziehung unsere Aufmerksamkeit. Wir haben immer mit großer Besorgniß auf die Schwierigkeiten geblickt, die diese Versammlung der Krone und dem Land bereiten würde, sobald einmal ein liberales Ministerium im Einklang mit einer liberalen Majorität im Hause der Abgeordneten die Regierung im Sinn des Fortschritts zu führen versuchte. Die Möglichkeit lag noch vor kurzem so fern, daß in Bezug auf die Ansichten und Entschlüsse jenes hohen Hauses die Gleichgiltigkeit ziemlich allgemein war, unter den Mitgliedern desselben nicht minder als im Publicum. Nun ist aber der unerwartete Fall eingetreten, und es erhebt sich die ernste Frage, was soll die Regierung thun? — Das Herrenhaus ist nicht ganz geworden, was es sein sollte, ein Sammelplatz des hohen Adels; der hohe Adel hat bis jetzt noch wenig Neigung verrathen, sich mehr als früher um die preußischen Angelegenheiten zu kümmern. Um dem Hause eine bestimmte Färbung zu geben, hat man es theils durch das specifische Junkerthum, theils durch die Vorkämpfer der Kreuzzeitung ergänzt, und so sind denn jetzt thatsächlich die Herren Stahl, v. Kleist-Nezow, Gr. Gröben u. s. w. die Führer desselben. — Gestützt auf sein Bewußtsein der Unabhängigkeit sowol von dem Lande als von der Krone, betritt es jetzt den Weg der systematischen Opposition, um die Regierung unter diesem Ministerium unmöglich zu machen, und so die Krone zu veranlassen, ein anderes zu bilden. — Zwar wird den Worten nach diese Absicht abgeleugnet, aber selbst wenn wir uns nur an die Worte halten, widerlegt das hohe Haus sich selbst. Wenn ein Mann, wie Graf Arnim-Boitzenburg (um von den leidenschaftlichern Parteigängern der Kreuzzeitung zu schweigen), so weit geht offen zu erklären: „Es wäre Schwäche oder Unaufrichtigkeit, wollten wir in Abrede stellen, daß zwischen den politischen Ansichten, welche die Majorität dieses Hauses seit einem Jahrzehnt kundgegeben hat, und den Ansichten der Männer, welche neuerdings in den Rath der Krone berufen worden sind, eine große Verschiedenheit besteht,“ so ist das deutlich genug gesprochen, und es drückt auch nur eine weltbekannte Thatsache aus. Die Art und Weise aber, wie die Opposition geführt wird, erklärt sich am deutlichsten in den Worten des Herrn v. Kleist-Nezow: „Diejenigen greifen das Recht der Krone an, welche den Antrag (ein partielles Misstrauensvotum gegen das Ministerium) nicht annehmen!“ Daß diese Erklärung einiges Murren hervorgerufen, daß selbst der Prääsident Prinz Hohenlohe (gewiß kein Radicaler!) sich zu der Erwiderung gedrungen

fühlte: „Ich glaube, daß diejenigen, welche gegen den Antrag und für die Vorlagen des Ministeriums stimmen, unmöglich gegen die Rechte der Krone stimmen können,“ ändert an dem Factum nichts, daß fast drei Viertel des Hauses sich den Ansichten des Herrn v. Kleist-Rekow angeschlossen haben. Es ist nur eine neue Auflage des Schauspiels, das wir bei den Wahlen mitangesehen haben, daß hohe Staatsbeamte diejenigen Wähler, welche für die Minister und deren Anhänger stimmten, als Feinde der Krone bezeichneten!

Wir sind weit entfernt, den Mitgliedern des Herrenhauses das Recht streitig zu machen, ihren Ansichten gemäß zu stimmen und, wenn ihre Ueberzeugung sie treibt, das Ministerium auf Leben und Tod zu bekämpfen. Was wir für die Abgeordneten in Anspruch nehmen, muß auch für den andern Factor der legislativen Gewalt gelten: ihrer Ueberzeugung zu folgen, ist nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht. — Es fragt sich nur, was hat unter diesen Umständen die Regierung zu thun, falls sie die Ueberzeugung hat, die wahrhaften Interessen der Krone und des Landes zu vertreten?

Sobald man, bei dieser Ueberzeugung, die Majorität der Abgeordneten gegen sich hat, steht der Weg einer Appellation an das Land, d. h. einer Auflösung der Kammer offen, bei einer systematischen Opposition des Herrenhauses ist dieser Weg verschlossen, und es bleibt nur einer übrig: Ernennung neuer Mitglieder durch die Krone. In Großbritannien hat man diesen Weg mit Erfolg betreten.

Es ist freilich immer ein schwerer Entschluß, und es zeigt sich in solchen Fällen wieder recht deutlich, wie wenig Preußen im Stande ist, ein Herrenhaus zu tragen. Wo soll man die Pairs hernehmen, ohne dem Institut seinen Glanz zu entziehen? — Indessen bei näherer Ueberlegung findet sich, daß, wie das Haus schon jetzt beschaffen ist, der Abstand nicht so ungeheuer sein würde, und, was die Hauptsache ist, es gibt keinen andern Weg, wenn nicht die gesammte Thätigkeit der Regierung paralysirt werden soll. — Außerdem glauben wir nicht, daß man so weit zu gehen nöthig haben würde: die feste Erklärung des Prinzregenten, er werde sich im äußersten Fall dieses in der Verfassung vorgesehenen Mittels bedienen, würde so manche von den eifrigsten Kreuzrittern in ihren Ansichten wankend machen. — Wie nothwendig es aber ist, das Haus, ganz abgesehen von diesem Conflict, durch neue Kräfte zu ergänzen, ergibt sich aus der Weisheit in staatswirthschaftlichen Angelegenheiten, welche die Redner der Majorität entwickelt haben. Wenn General Grumbkow nach hundertzjährigem Schlaf heute plötzlich erwachte, er würde nicht anders sich ausdrücken, als einzelne dieser Redner.

Das Herrenhaus hat bei dieser Gelegenheit auch die politische Frage des Augenblicks in Betracht gezogen, und der Erklärung des preussischen Ministeriums vom 9. März seinen Beifall gezollt, allein in einer Weise, die den antwortenden Minister, wie es scheint, zu dem Glauben veranlaßt hat, jene Erklärung sei mißverstanden worden. Grade weil wir diesen Glauben theilen, scheint es uns jetzt an der Zeit, einen deutlichen Ausdruck der preussischen Auffassung zu wünschen, und demnach vom Hause der Abgeordneten aus eine Anfrage an das Ministerium zu richten. Es gilt nämlich die Beantwortung einer sehr bestimmten Frage.

Bis vor kurzer Zeit lag die Kriegsgefahr, wie die preussische Erklärung ganz richtig bemerkt, mehr in der gereizten Stimmung einzelner Mächte als in realen

Conflicten. Seit der friedlichen Eröffnung des *Moniteur*, und seit der Bekanntwerdung der Depesche des Grafen Buol nach London vom 25. Februar (über den Erfolg des Lord Cowley weiß das Publicum noch nichts) hat die Frage eine bestimmtere Fassung gewonnen. Frankreich bleibt nach diesen Actenstücken vorläufig aus dem Spiel, es handelt sich zunächst nur um einen Conflict zwischen Oestreich und Sardinien.

Graf Cavour hat seine Beschwerden über die österreichischen Uebergriffe in Italien formulirt; Graf Buol hat dieselben vom österreichischen Standpunkt sehr geschickt, und vom rein juristischen Standpunkt unangreifbar beantwortet. Graf Cavour behauptet, daß die Verträge Oestreichs mit verschiedenen italienischen Staaten dem Geist der wiener Verträge nicht entsprechen, Graf Buol behauptet das Gegentheil. Falls beide Mächte sich also über diese Frage nicht verständigen, falls es zwischen ihnen zum Krieg kommt, so handelt es sich zunächst doch darum, von jener Seite: Oestreich zur Aufhebung jener Verträge zu zwingen; von dieser Seite: jenen Zwang abzuwehren. Frankreich behält sich vor, Sardinien, falls es angegriffen wird, zu schützen.

Preußen hat nun — in diesem Stadium der Angelegenheiten — sich Folgendes klar zu machen.

Als Bundesglied ist es verpflichtet, im Verein mit den übrigen Bundesstaaten nicht nur jeden directen Angriff auf das Bundesgebiet, sondern auch jede Gefahr, welche die Grenzen desselben bedroht, abzuwenden; daß es dieser Bundespflicht nachkommen wird, versteht sich von selbst und bedarf keiner besondern Erklärung.

Nun muß es sich klar machen: enthält jener, durch die erwähnten Depeschen formulirte Conflict eine Gefahr für das deutsche Bundesgebiet oder nicht?

Und im ersten Fall: wie wird diese Gefahr am sichersten abgewandt? Dadurch, daß der deutsche Bund sich bereit erklärt, im Kriege unter allen Bedingungen auf Oestreichs Seite zu stehn, gleichviel was der Preis und der Grund des Kampfes sei?

Oder dadurch, daß es von Oestreich fordert, die streitigen Ansichten, die, da es sich um eine allgemein europäische Frage handelt, nicht vom rein juristischen Standpunkt entschieden werden können, in einer Conferenz zu berathen?

Zwar kann Oestreich, auf seine Souveränität und das Recht der Verträge gestützt, eine solche Zumuthung zurückweisen, falls es auf keine Kriegshilfe Anspruch erhebt; es begibt sich aber dieses Rechts, falls es seine italienische Sache als eine deutsche Bundesfache darstellt.

Oestreich hat der vermittelnden Macht, England, gegenüber seine Auffassung ausführlich auseinandergesetzt; es ist, so viel wir wissen, den deutschen Bundesstaaten, die es zur Hilfe aufrief, mit gleicher Bereitwilligkeit nicht entgegengekommen. Es ist nicht bloß schicklich, sondern nothwendig, dies nachzuholen und den Rath und die Meinung der Mächte, die ihm in dieser Gefahr zur Seite stehn sollen, in sehr ernste Erwägung zu ziehn.

Wir glauben, daß diese Auffassung im Wesentlichen mit der der preussischen Regierung übereinstimmt; wenn sie aber unsere Freunde aus der Erklärung vom 9. März bereits herauslesen, so müssen wir gestehen, daß uns dieser Scharfblick fehlt. Und eine rechtzeitige Offenheit kann viel Unheil verhüten. Das vorige Ministerium hat durch seine *Rondum-Meridies*-Politik Preußens Credit sehr geschmälert;

diesen wieder herzustellen, ist der gewöhnliche Gang der Diplomatie nicht hinreichend. Es ist wahr, daß das Kriegsgeschrei hauptsächlich von Frankreich ausgegangen ist; aber wir wissen, daß das französische Volk im Ganzen nicht kriegerisch gestimmt ist. Nun beginnt der Ruf diesseit des Rhein, und grade unsere Regierung hat die Aufgabe, eine an sich sehr achtungswerthe Stimmung in die richtige Bahn zu lenken.

Abgewandt ist die Gefahr noch keineswegs; nach jener überraschenden Botschaft des Moniteur bleibt Graf Cavour im Amt, werden in Piemont die Reserven einberufen, wird eine Anleihe contrahirt. Zwar will sich die republikanische Partei — wenn man Mazzini's Erklärung vom 28. Februar gelten läßt — neutral verhalten, und so wird hoffentlich die Confusion die Grenzen nicht überschreiten; zwar will Frankreich sich nur theilhaben, falls man Sardinien angreift: aber wie die Sache steht, liegt doch die Entscheidung hauptsächlich in Oestreich's Hand. Sobald es durch Nachgiebigkeit in den Punkten, wo es nachgeben kann, ohne seine Ehre zu beeinträchtigen — und solcher gibt es viele — den Ansprüchen der Gegner die Spitze abbricht — wird der Krieg, auch wenn er durch die gereizte Stimmung der Italiener ausbrechen sollte, wirklich in enge Grenzen gestellt, d. h. er wird nur zwischen Oestreich und Sardinien geführt, und in diesem Fall hat Preußen das Recht und die Pflicht, jede Intervention einer dritten Macht als unmotivirten Friedensbruch, als eine Gefahr für den deutschen Bund aufzufassen.

Zwar hat die preussische Erklärung auf die Einigkeit mit England aufmerksam gemacht. Aber einmal ist England (Lord Cowley hat von Preußen keine Mission) in einer andern Lage; sodann hat es sich über seine Ansicht noch selbst nicht ausgesprochen, und es ist uns fraglich, ob es überhaupt eine hat (man denke an Cowleys Stellung zu der portugiesischen Affaire!); endlich kommt möglicherweise in den nächsten Wochen ein neues Ministerium mit einer ganz neuen Politik ans Ruder. Es ist besser, wenn sich Preußen mit den übrigen Bundesstaaten über das, was man von Oestreich verlangen, und was man versprechen müsse, verständigt.

Von der besonnenen Festigkeit, die wir in dieser Angelegenheit entwickeln, hängt hauptsächlich der Einfluß ab, den Preußen auf eine viel wichtigere, ihm viel näher liegende Frage ausüben wird; auf eine Frage, mit welcher Deutschlands Ehre unzertrennlich verbunden ist: Schleswig-Holstein. Wenn es ein Mittel findet, Oestreich zu einer wirksamen Cooperation nach dieser Seite hin zu bestimmen — mit dem bloßen Versprechen wäre es freilich nicht abgethan! — so wäre das auch für den italienischen Conflict ein neuer Gesichtspunkt. † †

## Literatur.

Der Streit zwischen Mensch und Thier. Ein arabisches Märchen aus den Schriften der lautereren Brüder übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Dr. Fr. Dieterici, a. Prof. in Berlin. — Berlin, Druck und Verlag von E. S. Mittler und Sohn. 1858. — Ein schätzenswerther Beitrag zur Kenntniß altmohammeda-